



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



8577/13

(OR. en)

PRESSE 153
PR CO 21

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3235. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Luxemburg, den 22. April 2013

Präsident

Eamon GILMORE

Stellvertretender Premierminister (Tánaiste) und Minister für
auswärtige Angelegenheiten und Handel

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat hat den Entwurf einer erläuterten Tagesordnung für die **Tagung des Europäischen Rates am 22. Mai 2013** zur Kenntnis genommen.*

*Der irische Vorsitz hat die Minister über den Stand der Beratungen mit dem Europäischen Parlament über den nächsten **mehnjährigen Finanzrahmen (MFR)** informiert und Orientierungen der Minister für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament entgegengenommen.*

*Der Rat hat Informationen der Kommission über gemeinsame Berichte der Kommission und der Hohen Vertreterin über **Kosovo und Serbien** sowie über einen Bericht der Kommission über die **ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien** gehört.*

*Der Rat hat eine Initiative für einen neuen und wirksameren Mechanismus zur Wahrung der **Grundwerte** in den Mitgliedstaaten zur Kenntnis genommen.*

INHALT¹

TEILNEHMER	5
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

Mehrjähriger Finanzrahmen – <i>öffentliche Sitzung</i>	7
Vorbereitung der Mai-Tagung des Europäischen Rates	8
Initiative betreffend Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit	8
Berichte über Kosovo, Serbien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	9

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

ERNENNUNGEN

– Ausschuss der Regionen	10
--------------------------------	----

ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

– Richter ad interim am Gericht für den öffentlichen Dienst	10
---	----

ERWEITERUNG

– Beziehungen zu Albanien	10
– Kroatien	11

JUSTIZ UND INNERES

– Mobilitätspartnerschaft zwischen Marokko und der EU	12
---	----

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

– Steuern	12
-----------------	----

STATISTIK

– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene	13
---	----

- ¹
- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 - Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 - Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

- EU-Statistiken 13
- Freizügigkeit der Arbeitnehmer..... 13
- Höchstgehalte an Pestizidrückständen..... 13

BESCHÄFTIGUNG

- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten Österreichs und Italiens 14

TEILNEHMER

Belgien:

Didier REYNDERS

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen
Angelegenheiten, des Außenhandels und der Europäischen
Angelegenheiten

Bulgarien:

Ivan NAIDENOV

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:

Karel SCHWARZENBERG

Erster stellvertretender Ministerpräsident und Minister für
auswärtige Angelegenheiten

Dänemark:

Nicolai WAMMEN

Minister für europäische Angelegenheiten

Deutschland:

Guido WESTERWELLE

Michael LINK

Bundesminister des Auswärtigen
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Estland:

Urmas PAET

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Irland:

Eamon GILMORE

Lucinda CREIGHTON

Stellvertretender Premierminister (Tánaiste) und Minister
für auswärtige Angelegenheiten und Handel
Staatsministerin für europäische Angelegenheiten (Amt
des Premierministers und Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten und Handel)

Griechenland:

Dimitris AVRAMOPOULOS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Alfonso DASTIS QUECEDO

Ständiger Vertreter

Frankreich:

Thierry REPENTIN

Minister für europäische Angelegenheiten

Italien:

Enzo MOAVERO MILANESI

Minister, zuständig für europäische Angelegenheiten

Zypern:

Ioannis KASOULIDES

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Lettland:

Edgars RINKĒVIČS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Litauen:

Linas LINKEVIČIUS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:

Jean ASSELBORN

Vizepremierminister, Minister für auswärtige
Angelegenheiten

Ungarn:

Mr János MARTONYI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Malta:

George VELLA

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Niederlande:

Frans TIMMERMANS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Österreich:

Reinhold LOPATKA

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

Polen:

Marek PRAWDA

Ständiger Vertreter

Portugal:

Miguel MORAIS LEITÃO

Beigeordneter Staatssekretär für europäische
Angelegenheiten

Rumänien:

Titus CORLĂȚEAN

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Slowenien:

Igor SENČAR

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Slowakei:

Peter JAVORČÍK

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Finnland:

Alexander STUBB

Minister für europäische Angelegenheiten und
Außenhandel

Schweden:

Carl BILDT

Birgitta OHLSSON

Minister für auswärtige Angelegenheiten
Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und
Commonwealth-Fragen

Hohe Vertreterin:

Catherine ASHTON

Hohe Vertreterin der Union für Außen- und
Sicherheitspolitik

.....
Kommission:

Viviane REDING

Štefan FÜLE

Janusz LEWANDOWSKI

Vizepräsidentin
Kommissionsmitglied
Kommissionsmitglied

.....
Die Regierung des Beitrittsstaates war wie folgt vertreten:

Kroatien:

Vesna PUSIĆ

Ministerin für auswärtige und europäische
Angelegenheiten

ERÖRTERTE PUNKTE

Mehrjähriger Finanzrahmen – öffentliche Sitzung

Der irische Vorsitz hat die Minister über den Stand der Beratungen mit dem Europäischen Parlament über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) informiert und Orientierungen der Minister für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament entgegengenommen.

Der irische Vorsitz hat seit der Februar-Tagung des Europäischen Rates ausführliche Kontakte mit dem Europäischen Parlament über den MFR geführt. Auch im Rat wurden die Arbeiten zur MFR-Verordnung und zur interinstitutionellen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung aufgenommen. Ziel des irischen Vorsitzes ist es, bis Ende Juni eine Einigung mit dem Parlament über den MFR zu erzielen und die Gesamteinigung über den MFR in Rechtstexte umzusetzen. Ferner wird angestrebt, Einigung über rund 70 sektorspezifische Gesetzgebungsakte zu erzielen, die die Grundlage für die Finanzierungsprogramme der EU bilden. Die neuen Programme könnten dann fristgerecht im Januar 2014 beginnen.

Die Minister unterstützten die Bemühungen des Vorsitzes um eine fristgerechte Einigung mit dem Europäischen Parlament über den MFR. Sie bekundeten ihre Bereitschaft, sich mit den vier zentralen Elementen der Entschließung des Europäischen Parlaments zu befassen (Flexibilität, Überprüfung, Eigenmittel und Einheit des Haushaltsplans). Einige Minister betonten ferner, dass wesentliche Elemente der Forderungen des Parlaments bereits auf der Tagung des Europäischen Rates im Februar vereinbart worden seien, insbesondere hinsichtlich der Flexibilität.

In Bezug auf den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 für 2013 (mit dem die Kommission eine Aufstockung des EU-Haushaltsplans für 2013 um 11,2 Mrd. EUR vorschlägt und den das Europäische Parlament mit dem MFR verknüpft), bekundete der Rat seine Bereitschaft, den Kommissionsvorschlag dringlich und konstruktiv zu erörtern, um eine Einigung über einen eindeutig gerechtfertigten Zahlungsbedarf zu erzielen. Der Rat wird ferner die Entwicklung des Haushalts während des Jahres sehr aufmerksam verfolgen und alle erforderlichen weiteren Schritte ergreifen, um zu gewährleisten, dass die EU ihren Verpflichtungen nachkommen kann.

Nach den Beratungen im Rat wird der Vorsitz seine Kontakte mit dem Europäischen Parlament wiederaufnehmen und den AStV¹ ersuchen, die Arbeit an der MFR-Verordnung und der interinstitutionellen Vereinbarung fortzusetzen. Der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) wird sich am 21. Mai im Rahmen eingehender Erörterungen erneut mit dem MFR befassen. Der Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 für 2013 wird parallel dazu vom AStV geprüft; auf Ratsebene wird er voraussichtlich auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) am 14. Mai erörtert.

Der Europäische Rat hat am 8. Februar 2013 Einigung über den nächsten MFR erzielt und dem irischen Vorsitz ein Mandat für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament erteilt ([37/13 + COR 1 REV 1](#)).

¹ Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) setzt sich aus den Botschaftern der 27 EU-Mitgliedstaaten zusammen. Seine Rolle ist es, die Entscheidungen des Rates vorzubereiten.

Das Europäische Parlament hat am 13. März eine Entschließung angenommen, in der es seine Position für die Verhandlungen über den nächsten MFR darlegt (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0078+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>).

Weitere Informationen zu den Verhandlungen sind auf der Website des Rates zum MFR zu finden: <http://www.consilium.europa.eu/special-reports/mff?lang=de>.

Vorbereitung der Mai-Tagung des Europäischen Rates

Der Rat hat den Entwurf einer erläuterten Tagesordnung geprüft, den der Präsident des Europäischen Rates in Zusammenarbeit mit dem irischen Vorsitz und der Kommission für die für den 22. Mai anberaumte Tagung des Europäischen Rates erstellt hat ([7623/13](#)).

Der Europäische Rat wird sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen befassen:

- Wirtschaftspolitik:
 - Energie (Vollendung des Energiebinnenmarkts und Verbindungsleitungen; Steigerung der Investitionen in moderne Energieinfrastruktur; hohe Energiepreise)
 - Steuerpolitik (Effizienzsteigerung bei der Steuererhebung; Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug)
- Sonstige Themen:
 - Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (Bestandsaufnahme)
 - Außenbeziehungen (spezifische Fragen je nach Entwicklung der Lage).

Der Entwurf der erläuterten Tagesordnung dient als Grundlage für den Entwurf der Schlussfolgerungen, der im Vorfeld der Tagung erstellt wird.

Initiative betreffend Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit

Der Rat hat Kenntnis von einer Initiative Dänemarks, Finnlands, Deutschlands und der Niederlande für einen neuen und wirksameren Mechanismus zur Wahrung der Grundwerte in den Mitgliedstaaten genommen und sich in einer ersten umfassenden Erörterung mit diesem Thema befasst.

Das Kommissionsmitglied für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Vizepräsidentin Viviane Reding, gab einen Überblick über die bestehenden Mechanismen für den Schutz der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit.

Berichte über Kosovo, Serbien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Der Rat hat Informationen der Kommission über gemeinsame Berichte der Kommission und der Hohen Vertreterin über Kosovo und Serbien ([8742/13](#) bzw. [8740/13](#)) sowie über einen Bericht der Kommission über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien gehört. Der Rat nahm Kenntnis von den Fortschritten dieser drei Länder in den Bereichen, die in den Schlussfolgerungen des Rates vom 11. Dezember 2012 ([17604/12](#)) genannt wurden. Der Rat begrüßte insbesondere die am vergangenen Freitag erzielte Einigung zwischen Kosovo und Serbien über die Prinzipien für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Die Minister würdigten die historische Dimension der Vereinbarung, beglückwünschten die Ministerpräsidenten der beiden Länder für ihr politisches Engagement und dankten der Kommission und dem Europäischen Auswärtigen Dienst für die Hilfe bei der Aushandlung der Vereinbarung.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

ERNENNUNGEN

Ausschuss der Regionen

Der Rat hat Frau Cristina MAZAS PÉREZ-OLEAGA (Spanien) für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 25. Januar 2015, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt ([8238/13](#)).

ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

Richter ad interim am Gericht für den öffentlichen Dienst

Der Rat hat einen Beschluss über die Ernennung der folgenden drei Personen zu Richtern ad interim am Gericht für den öffentlichen Dienst für eine Amtszeit von vier Jahren angenommen:

- Haris Tagaras (ehemaliger Richter des Gerichts für den öffentlichen Dienst)
- Arjen W.H. Meij (ehemaliger Richter des Gerichts) und
- Verica Trstenjak (ehemalige Generalanwältin des Gerichtshofs und ehemalige Richterin des Gerichts).

Sie werden erforderlichenfalls in dieser Reihenfolge zur Ausübung ihrer Aufgaben aufgefordert.

Der Beschluss des Rates steht im Einklang mit dem Protokoll über die Satzung des Gerichtshofs der EU, gemäß dem den Fachgerichten Richter ad interim beigeordnet werden können, um das Fehlen von Richtern auszugleichen, die dauerhaft daran gehindert sind, an der Erledigung der Rechtssachen teilzunehmen.

ERWEITERUNG

Beziehungen zu Albanien

Der Rat hat den Standpunkt der EU für die fünfte Tagung des Stabilitäts- und Assoziationsrates EU-Albanien, die am 23. April 2013 in Luxemburg stattfinden soll, angenommen.

Kroatien

Der Rat hat die nachstehenden Schlussfolgerungen zu Kroatien angenommen:

"Der Rat begrüßt den Monitoring-Bericht der Kommission vom 26. März 2013 über die Beitrittsvorbereitungen Kroatiens und die dazugehörigen Überwachungstabellen sowie das Fazit der Kommission, dass Kroatien im Allgemeinen die aus den Beitrittsverhandlungen erwachsenden Verpflichtungen und Anforderungen in allen Kapiteln erfüllt.

Unter Hinweis auf seine früheren Schlussfolgerungen spricht der Rat Kroatien seine Anerkennung für die erzielten Ergebnisse aus und nimmt zur Kenntnis, dass Kroatien die zehn im umfassenden Monitoring-Bericht der Kommission vom Oktober 2012 als prioritär eingestuften Maßnahmen abgeschlossen hat. Kroatien hat seinen Willen und seine Fähigkeit bewiesen, alle sonstigen Verpflichtungen vor dem Beitritt zu erfüllen, und es ist davon auszugehen, dass Kroatien seine letzten Beitrittsvorbereitungen abschließt.

Der Rat weist darauf hin, dass der bevorstehende Beitritt Kroatiens das Ergebnis eines intensiven Verhandlungsprozesses und einer eingehenden Überwachung während der Beitrittsvorbereitungen ist. Es wird erwartet, dass Kroatien im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere bei der Bekämpfung der Korruption und bei der Bearbeitung der Fälle der im Inland begangenen Kriegsverbrechen, auf der Grundlage der bisherigen Errungenschaften weitere Fortschritte erzielt. Der Rat begrüßt ferner, dass wichtige erste Schritte im Hinblick auf die dringend notwendigen Struktur-reformen unternommen wurden, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumsaussichten der Wirtschaft zu verbessern, und verlangt weitere Fortschritte; ferner begrüßt er Kroatiens informelle Beteiligung am "Europäischen Semester" 2013.

Der Rat bekräftigt, dass sich die Europäische Union unmissverständlich zur europäischen Perspektive der westlichen Balkanstaaten, die für die Stabilität, die Aussöhnung und die Zukunft der Region nach wie vor von wesentlicher Bedeutung ist, bekennt. Er tritt weiterhin entschieden dafür ein, dass der Erweiterungsprozess auf der Grundlage der vereinbarten Grundsätze und Schlussfolgerungen vorangebracht wird. Neben den eindeutigen Vorteilen für Kroatien und die EU zeigt der Beitritt Kroatiens, dass die EU den von ihr eingegangenen Verpflichtungen nachkommt, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Unter Hinweis darauf, dass Kroatien entschlossen ist, dafür zu sorgen, dass bilaterale Angelegenheiten den Beitrittsprozess nicht behindern, geht der Rat davon aus, dass Kroatien weiterhin eine aktive und positive Rolle in der regionalen Zusammenarbeit der westlichen Balkanstaaten spielen wird.

Der Rat begrüßt die Fortschritte beim Ratifizierungsprozess und hegt die Erwartung, dass er vorbehaltlich des Abschlusses der noch laufenden Ratifikationsverfahren Kroatien zum 1. Juli 2013 als Mitgliedstaat der Union begrüßen darf."

JUSTIZ UND INNERES

Mobilitätspartnerschaft zwischen Marokko und der EU

Der Rat hat die Einigung über die gemeinsame Erklärung zur Gründung einer Mobilitätspartnerschaft zwischen dem Königreich Marokko und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten ([6139/13 ADD 1 REV 1](#)) im Rahmen der Umsetzung des Gesamtansatzes für Migration bestätigt.

Mobilitätspartnerschaften werden geschlossen, wenn sie sowohl für die EU als auch für das Drittland einen Mehrwert bei der Steuerung der Migrationsströme bewirken. Bislang wurden Mobilitätspartnerschaften mit Armenien, Kap Verde, Georgien und der Republik Moldau.

In seinen Schlussfolgerungen vom Juni 2011 (EUCO [23/1/11](#)) hat der Europäische Rat dazu aufgerufen, einen Dialog mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums über Migration, Mobilität und Sicherheit mit dem Ziel aufzunehmen, Mobilitätspartnerschaften zwischen der EU und den betreffenden Ländern abzuschließen.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Steuern

Der Rat hat Beschlüsse angenommen

- zur Ermächtigung Lettlands, eine von Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 168 und Artikel 168a der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung anzuwenden;
- zur Ermächtigung Frankreichs zur Staffelung der Steuern auf Kraftstoffe gemäß Artikel 19 der Richtlinie 2003/96/EG;
- zur Ermächtigung Frankreichs, auf als Kraftstoff verwendetes unverbleites Benzin, das auf Korsika verbraucht wird, gemäß Artikel 19 der Richtlinie 2003/96/EG einen ermäßigten Steuersatz anzuwenden.

STATISTIK

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene

Der Rat hat im Anschluss an eine Einigung mit dem Europäischen Parlament in erster Lesung eine Verordnung zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene angenommen ([77/12](#)).

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

EU-Statistiken

Der Rat hat einen Beschluss über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der EU zur Änderung von Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens angenommen ([6911/13](#)).

Mit diesem Beschluss soll Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens geändert werden, indem die Verordnung (EU) Nr. 555/2012 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 184/2005 betreffend die gemeinschaftliche Statistik der Zahlungsbilanz, des internationalen Dienstleistungsverkehrs und der Direktinvestitionen im Hinblick auf die Aktualisierung der Datenanforderungen und Definitionen darin aufgenommen wird.

Freizügigkeit der Arbeitnehmer

Der Rat hat einen Beschluss über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der EU zur Änderung von Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens angenommen ([6914/13](#)).

Mit diesem Beschluss soll Protokoll 31 über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten dahin gehend geändert werden, dass die Zusammenarbeit bezüglich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Maßnahmen für Wanderarbeitnehmer, einschließlich der Wanderarbeitnehmer aus Drittländern, darin einbezogen wird.

Höchstgehalte an Pestizidrückständen

Der Rat hat einen Beschluss über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der EU zur Änderung von Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens angenommen ([6970/13](#)).

Mit diesem Beschluss soll Anhang II (technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) dahin gehend geändert werden, dass die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 788/2012 der Kommission über ein mehrjähriges koordiniertes Kontrollprogramm der Union für 2013, 2014 und 2015 zur Gewährleistung der Einhaltung der Höchstgehalte an Pestizidrückständen und zur Bewertung der Verbraucherexposition gegenüber Pestizidrückständen in und auf Lebensmitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs darin aufgenommen wird.

BESCHÄFTIGUNG

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten Österreichs und Italiens

Der Rat hat drei Beschlüsse angenommen, mit denen ein Betrag von insgesamt 12,7 Mio. EUR aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) bereitgestellt wird, um entlassenen Arbeitnehmern in Österreich und Italien zu helfen.

Ein Betrag von 3,94 Mio. EUR wird für entlassene Arbeitnehmer der Austria Tabak GmbH und deren 14 Zulieferer bereitgestellt, die durch einen signifikanten Rückgang des EU-Marktanteils und die Verlagerung der Produktion in Drittländer in Mitleidenschaft gezogen wurden. Ein Betrag von 5,04 Mio. EUR wird für ehemalige Arbeitnehmer des italienischen Haushaltsgerätesektors bereitgestellt, der einen erheblichen Rückgang seiner Fertigung erlebt, der auf die sinkende Nachfrage im Inland und in Europa sowie auf die zunehmende Konkurrenz aus China und der Türkei zurückzuführen ist. Weitere 3,69 Mio. EUR werden für entlassene Arbeitnehmer der Agile S.r.l. bereitgestellt, eines im Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie tätigen italienischen Unternehmens, das wegen der rückläufigen Entwicklung auf dem IKT-Markt Insolvenz anmelden musste.
